

Oktober | November – Ausgabe 4 / 2012

ROTE SEITEN

ALTONA



NEUER JUGENDSTIL

Eltern entlasten und sinnvoll umsteuern:
Die künftige Kinder- und Jugendarbeit soll
effektive Angebote machen **Seite 4**

STARKES ZENTRUM

Durch den Bauboom in Lurup entstehen
zahlreiche Wohnungen für Alt und Jung
sowie ein neuer Ortskern **Seite 6**

LEBENDIGE VIELFALT

Offen für alle: Mit der Inklusions-Initiative
soll Altona zum Vorreiter für UN-Konvention
werden **Seiten 8 und 9**

KREUZFAHRTTERMINAL

Klare Luft voraus

**Altona kann aufatmen:
Schiffe bekommen Strom ohne Abgase**





EDITORIAL



Thomas Adrian

Fraktionsvorsitzender

Liebe Altonaerinnen, liebe Altonaer!

Landstrom in Sicht! Das Cruise Center in Altona wird die Kreuzfahrtschiffe zukünftig mit Strom versorgen. Zum Ende einer leidigen Luftverschmutzung mehr auf Seite 3.

Die Zukunft der offenen Kinder- und Jugendarbeit ist in aller Munde. Ein Beitrag zur Versachlichung der aufgeheizten Debatte ab Seite 4.

Die Wohnungsbauoffensive des Senats zeigt Wirkung: In Lurup bahnt sich ein Bauboom an. Der Bericht über einen wachsenden Stadtteil auf Seite 6.

Überhaupt gehe ganz Altona beim Wohnungsbau mit gutem Beispiel voran, so Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz beim Roten Sommer. Über unser Fraktionsfest lesen Sie auf Seite 10.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre der „Roten Seiten“.

Herzlichst, Ihr

THEMEN, die Altona bewegen

Umwelt

Sauberer Strom für die Elbe: Am Cruise Center II in Altona wird der Strom für die Schiffe bald umweltfreundlich Seite 3

Haushalt

Die Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit werden überprüft, aber sie bleiben erhalten Seite 4

Persönlich

Jugendpolitiker Oliver Schmidt macht Motorroller flott Seite 5

Bauboom

In Lurup stehen die Bagger nicht still. Gute Aussichten Seite 6

Sülldorf / Iserbrook

Im Streit um den Sülldorfer Kirchenweg liegt eine Lösung auf der Straße / Bücherparadies bleibt erhalten Seite 7

Gesellschaft

Inklusion ist mehr als Integration / Altona wird Vorbild für Inklusion / Runder Tisch Integration setzt Ziele Seite 8/9

Meldungen

Neue Unruhe um Gastronomie in der Sternschanze / Sommerfest der SPD-Fraktion Altona Seite 10

Initiativen

Der Bunker in der Schomburgstraße soll Kreativraum werden / Ein neuer S-Bahnhof in der Thomasstraße? Seite 11

Letzte Seite

Beleuchtung für den Rosengarten Seite 12

Titelfoto: Thomas Adrian

IMPRESSUM

Die Roten Seiten sind der Newsletter der SPD-Fraktion Altona. Archiv aller Ausgaben: www.spdfraktionaltona.de/presse
Herausgeber und V.i.S.d.P.:
Thomas Adrian, Fraktionsvorsitzender
Gedruckte Auflage: 150 Exemplare

Fraktionsgeschäftsstelle:
Max-Brauer-Allee 20
22765 Hamburg
Telefon: 040 / 389 53 32
E-Mail: info@spdfraktionaltona.de

Redaktionsleiter: Hans Wille
www.hans-wille.de
Layout: Mirjam Büttner
Berater: Joachim Wehnelt
Schlussredaktion: Ulrike Wallenfels
Grafisches Konzept: Henrik Strate



Umwelt

Aufatmen am Elbufer



Auch die Geräuschemissionen der Ozeanriesen sollen am Elbufer reduziert werden Foto: Thomas Adrian

Kreuzfahrtschiffe, die in Altona festmachen, werden in Zukunft mit umweltfreundlicher Energie versorgt. Endlich führen weniger Schadstoffe in der Luft zu einer Entlastung der Bevölkerung

Die jahrelange Arbeit der Altonaer SPD-Bezirksfraktion hat sich gelohnt: Die Ausrüstung des Kreuzfahrtterminals im Altonaer Hafen mit einem Landstromanschluss ist endlich in greifbarer Nähe.

Die SPD-Fraktion Altona hatte sich bereits während der Planung des Terminals dafür starkgemacht, doch der damalige CDU-Senat hatte den Anschluss mit Landstrom mehrfach abgelehnt. Erst die Regierungsübernahme durch die SPD führte zu einem Umdenken in Hamburg. Auf Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen hat die Bezirksversammlung Altona den Senat im Sommer dieses Jahres darin bestärkt, eine umwelt-

freundliche Energieversorgung für die anlegenden Kreuzfahrtschiffe zügig umzusetzen.

Ziel ist, Geräusch- und Schadstoff-Emissionen der Kreuzfahrtschiffe am Altonaer Elbufer zu reduzieren. Derzeit laufen die Schiffsmaschinen auch dann, wenn die Ozeanriesen am Cruise Center II in Altona angelegt haben, um Gäste und Mannschaft an Bord mit Elektrizität zu versorgen. Bis zu zehn Megawatt Strom verbraucht ein Kreuzfahrtschiff pro Tag, so viel wie eine Kleinstadt. Dabei stoßen die Schiffe vor allem Schwefeloxide und Ruß in die Altonaer Atemluft aus.

Seit rund einem Jahr entwickelt eine Arbeitsgruppe in Hamburg ein Pilotprojekt zum Einsatz umweltfreundlicher Energien für Kreuzfahrtschiffe während der Liegezeit. Neben Vertretern der Wirtschafts- und Umweltbehörde sowie der Umweltschutzorganisationen NABU und WWF waren mit Reedern und Schiffs-

ausrüstern auch die Tourismus- und Schifffahrtsindustrie beteiligt, weil deren Schiffe für die neuen Techniken aus- oder umgerüstet werden müssen.

Die Arbeitsgruppe hat sowohl den Aufbau einer Landstromanlage als auch den Einsatz von Flüssiggas untersucht. Für den Altonaer Terminal hat sich eine stationäre Landstromanlage als machbar und wirtschaftlich erwiesen. Bis Ende des Jahres sollen deren Bau und Betrieb geplant sein. Die Schiffe könnten den notwendigen Strom dann über eine überdimensionierte Steckdose erhalten. Die Anlage zur Umformung und Steuerung ist komplex, weil die Schiffe nicht die haushaltsübliche Niederspannung von 220 Volt brauchen, sondern Mittelspannung von 10.000 Volt.

Der Schiffsantriebshersteller Becker Marine Systems und der Kreuzfahrtanbieter AIDA Cruises haben nun neue Pläne: Für 2013 haben sie kürzlich den Einsatz eines schwimmenden Flüssiggas-Kraftwerkes angekündigt, das die Schiffe seeseitig mit Strom versorgen soll.

Ob Landstrom oder Flüssiggas-Kraftwerk – die SPD-Fraktion in Altona wird weiter dafür kämpfen, dass so schnell wie möglich ein umweltfreundlicher Energieanschluss für die Kreuzfahrtschiffe am Elbufer kommt.



Martina Friederichs

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecherin im Ausschuss für Umwelt, Verbraucherschutz und Gesundheit



Haushalt

Hilfe für die Jugendhilfe

Die Proteste im Bezirk täuschen: In der Kinder- und Jugendhilfe steigen die Ausgaben um 14 Prozent, um Eltern zu entlasten. Gleichzeitig muss gespart werden. Dabei müssen die Einrichtungen für unseren Nachwuchs erhalten bleiben

Wer in diesem Jahr an einer Einrichtung der offenen Kinder und Jugendarbeit (OKJA) vorbeigekommen ist, der wird unzählige Protestschilder gegen mögliche Schließungen oder Einschränkungen wahrgenommen haben. Tatsächlich plant der Senat in den aktuellen Haushaltsentwürfen für 2013 und 2014 eine Absenkung der bezirklichen Rahmenezuweisungen im Bereich der OKJA, der sozialen Angebotsentwicklung und der Familienförderung um 10,2 Prozent oder rund 750.000 Euro.

Nun ist es natürlich einfach und sicher auch populär, „Nein!“ zu rufen, ohne aufzuzeigen, wie es denn in den nächsten Jahren weitergehen soll. Wenn einige Parteien gleichzeitig fordern, die Schuldenbremse sollte um fünf Jahre vorgezogen werden, dann ist das für mich nicht mehr nachvollziehbar.

Zunächst ist es falsch zu behaupten, dass die Jugendhilfe insgesamt kaputtgespart wird. Trotz der kritischen Haushaltslage steigen die Ausgaben im gesamten Bereich der Kinder- und Jugendhilfe zwischen 2011 und 2013 um rund 110 Millionen auf 890 Millionen Euro. Mit diesem Plus von 14 Prozent wird der Ausbau der Hort- und Krippenplätze finanziert, der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für die ganz Kleinen, die Rücknahme der Erhöhung der Kitagebühren, die Abschaffung der Gebühren für das Mittagessen in der Kita und die Abschaffung der Gebühren für eine fünfstündige Kitabetreuung. Alles große Schritte in Richtung Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit.

Auch der geplante Ausbau der Ganztagschulen wird deutlich dazu

beitragen, dass weniger Kinder aus schwierigen sozialen Verhältnissen sich selbst überlassen bleiben. Trotzdem: Ohne eine effektive und niedrigschwellige Jugendhilfe kann es nicht gelingen, dass wir alle Kinder und Jugendlichen mitnehmen. Dafür brauchen wir auch eine effektive OKJA.

Sicher ist, dass die Einführung der Ganztagschule etwas ändern wird,

weil die Kinder dann bis 16 Uhr in der Schule sind. Welche Veränderung das für die

OKJA hat, kann heute noch niemand sagen, weil die ganztägige Betreuung an den Schulen noch nicht einmal vollflächig umgesetzt ist.

Deshalb hat sich meine Fraktion deutlich in Richtung Senat positioniert: mit einem klaren „Nein“ zu dem Vorhaben, Einrichtungen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe in Altona in den kommenden zwei Haushaltsjahren aufzugeben.

Altona galt immer schon als Vorreiter in Hamburg für neue und effektive Konzepte der Jugendhilfe. Aus Altona stammen die sozialräumliche Angebotsentwicklung, das Altonaer Modell und die Sozialraumteams. Ein wesentlicher Eingriff in diese Arbeit würde vieles zerstören.

Fest steht aber auch, dass sich die Kosten der einzelfallbezogenen Hilfen zur Erziehung (HzE) seit 2005 fast verdoppelt haben. Wenn man weiterhin eine funktionierende Jugendhilfe in Altona gewährleisten will, dann muss man Angebote hinterfragen und gegebenenfalls auch anpassen. Dazu

Das Jugendamt hat einen Weg aufgezeigt, wie alle Einrichtungen erhalten bleiben können. Eine Chance



Heiße Debatte: Durch die ganztägige Betreuung an Schulen müssen sich die Angebote ändern

Foto: Gabriele Goßmann





Auch die Kleinen müssen betreut werden, wie auf dem Elbe-Aktiv-Spielplatz des Flottneser e.V. Foto: Flottneser

Jugendarbeit bereits heute eine sozial-räumlich orientierte personenbezogene Sozialarbeit geleistet. Viele Kinder und Jugendliche besuchen die Einrichtungen in- zwischen zielgerichtet, weil sie dort individuelle Beratung und Unterstützung etwa bei der Berufsvorbereitung erhalten. Genau hierfür werden von der

gehört auch die Frage der zukünftigen Prioritäten. Denn Bedarfe verändern sich, genauso wie Sozialräume.

Tatsächlich wird in vielen Einrichtungen der offenen Kinder- und

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) umfangreiche Mittel der sozialräumlichen Hilfen und Angebote (SHA) zur Verfügung gestellt.

Im August hat das Jugendamt einen Weg aufgezeigt, wie der Bezirk Altona unter Ausnutzung sämtlicher Umsteuerungsmöglichkeiten alle Einrichtungen der OKJA erhalten kann. Hierbei wurden jede Einrichtung und jedes Angebot sehr genau geprüft, ob und wie in den Bereich der verbindlichen SHA umgesteuert werden kann.

Wir Sozialdemokraten im Jugendhilfeausschuss haben uns gemeinsam mit dem Jugendamt in mehreren Gesprächen mit der BASFI erfolgreich dafür starkgemacht, dass Altona die zur Umsteuerung notwendigen Mittel erhält, wenn der Jugendhilfeausschuss eine entsprechende Planung beschließt. Wir sollten diese Chance nicht ungenutzt lassen!

■ Oliver Schmidt

PERSÖNLICH

„Oft gehe ich mit meiner Tochter auf den Sportplatz“

Oliver Schmidt, dem Sprecher der SPD-Fraktion für Jugendhilfe, liegt soziale Chancengleichheit am Herzen

Geboren 1968 – ein gutes Jahr! – in Hamburg. Nach der mittleren Reife und einer kaufmännischen Ausbildung habe ich auf dem zweiten Bildungsweg das Abitur nachgeholt. Seit über zehn Jahren bin ich selbstständiger Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht. Mit meiner Frau und den beiden Kindern wohne ich im südlichen Osdorf, am Wochenende trifft man mich häufig mit meiner fußball-

begeisterten Tochter auf dem Sportplatz.

Nach über 20 aktiven Jahren in der SPD bin ich seit 2011 Mitglied der Bezirksversammlung, Sprecher meiner Fraktion für Jugendhilfe und Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Verbraucherschutz und Gesundheit. Aufgrund meiner Vita liegen mir soziale Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit besonders am Herzen. Hierfür setze ich mich weiterhin mit Herzblut ein.



Oliver Schmidt

Familie, Beruf und Kommunalpolitik beanspruchen die meiste meiner Zeit, nur noch selten kann ich zum „Kopf-frei-Bekommen“ im Werkstattkeller alte Motorroller flott machen. In diesem Bereich bin ich nie ganz erwachsen geworden.



Wohnungsbau

Bauboom in Lurup

Lurup erlebt derzeit einen Entwicklungsschub wie kaum ein anderer Stadtteil im Bezirk Altona. Rund 1200 neue Wohnungen werden in den kommenden Jahren gebaut. Viele davon nahe dem Eckhoffplatz, wo mit dem Lurup-Center und der Stadtteilschule ein neuer Ortskern entsteht



Am Wahrzeichen der „Schleife“, dem Schornstein der ehemaligen Schleifmittelfabrik Hermes, werden bald Menschen wohnen Foto: Alexander Hund

Lurup wächst, das ist nicht zu übersehen. Wer aus Bahrenfeld kommend stadtauswärts durch die Luruper Hauptstraße fährt, der sieht rechter Hand kurz hinter der Kreuzung mit dem Rugenbarg große Schuttberge. Wo Hermes jahrzehntelang Schleifmittel produziert hat, wird die Genossenschaft Neue Lübecker 250 Wohnungen bauen, fast alle öffentlich gefördert. Bereits im Bau befinden sich im Jan-Külper-Weg, einer Seitenstraße der Luruper Hauptstraße, 175 geförderte Mietwohnungen der Grundstücksgesellschaft Fewa. Und kurz vor der Landesgrenze zu Schleswig-Holstein, dort, wo derzeit noch das kürzlich geschlossene Fama-Kino steht, plant die von Mallesch Grundstücksverwaltung einen Gebäudekomplex für betreutes Wohnen mit 78 Wohneinheiten und zwei Pflegewohngruppen mit jeweils zwölf Kleinapartments. Im Keller wird ein kleiner (Fama-Kino-)Saal zur Nutzung auch für Luruper Gruppen bereitstehen. Ein weiteres großes

Projekt ist am Vorhornweg, am Rande des Volksparks, in Vorbereitung: Dort sollen 177 Wohnungen entstehen, die Hälfte davon auf dem ersten Förderungsweg unterstützt. Der städtebauliche Wettbewerb ist entschieden, das Bebauungsplanverfahren muss noch durchgeführt werden.

Insgesamt sind seit Übernahme der Regierungsverantwortung der SPD im März 2011 fast 1200 Wohneinheiten in Lurup in Planung oder sogar bereits im Bau. Damit trägt der Stadtteil erheblich dazu bei, dass der Bezirk Altona sein erklärtes Ziel erreicht, jährlich 900 neue Wohnungen zu schaffen. Durch den Wohnungsneubau wird der Stadtteil stark wachsen. Entsprechend muss auch die Infrastruktur mitwachsen. Da kommt es gerade zur rechten Zeit, dass wir mit dem fast fertig gebauten Lurup-Center am Eckhoffplatz einen neuen Ortskern für die Nahversorgung bekommen. Auch die wichtige Entscheidung, die Stadtteilschule Lurup gegenüber dem Eckhoffplatz zu

einem zentralen Schulstandort zu erweitern, hat die SPD-Fraktion Altona maßgeblich beeinflusst.

Jetzt ist es notwendig, auch die verkehrliche Infrastruktur dem wachsenden Bedarf anzupassen. Für den Metrobus 21, der zur Rushhour zum Teil nur im Schrittempo kriecht, ist eine Busbeschleunigung unabdingbar. Zudem wollen wir in der Frage nach zusätzlichen Angeboten im engen Dialog mit dem HVV und den Nachbarstadtteilen bleiben.

Die SPD Altona setzt sich für Lurup als attraktiven, familienfreundlichen und vielfältigen Stadtteil ein.



Alexander Hund
Mitglied im
Planungsausschuss

Heiko Menz
Sprecher im Regionalausschuss II



Sülldorf

Schutz auf der Straße

Der Sülldorfer Kirchenweg muss erneuert werden. Nach Protesten wird die Erweiterung mit den Anwohnern geplant

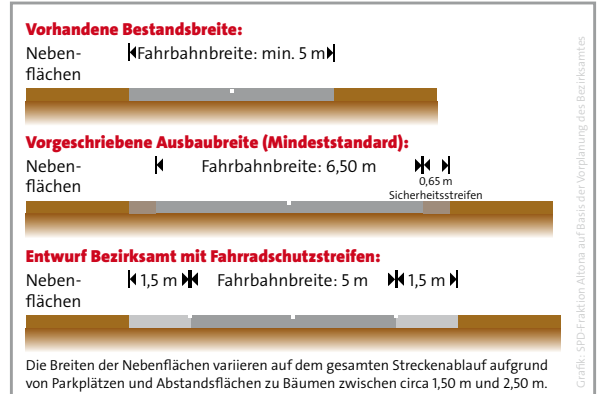
Der Sülldorfer Kirchenweg ist in einem maroden Zustand und muss grunderneuert werden. Die Planungen sehen derzeit vor, dass die Straße um zwei bis drei Meter verbreitert werden soll, damit auf beiden Seiten ein Fahrradschutzstreifen auf der Fahrbahn markiert werden kann. Die Straße ist ein stark frequentierter Schulweg und soll mit der Umgestaltung sicherer werden. Schutzstreifen entsprechen dem Stand der Technik, ihr Einsatz ist im rot-grünen Koalitionsvertrag vereinbart.

Nun regt sich Protest unter den Anwohnerinnen und Anwohnern: Der Charakter der Straße sei gefährdet. Zudem müssen einige Anwohner städtische Flächen zurückgeben, die

sie seit Jahrzehnten mietfrei als Vorgärten nutzen. Auch werden durch den Ausbau Beiträge fällig. SPD und GAL haben im Verkehrsausschuss beschlossen, im Dialog mit Anwohnerinitiative und Bezirksamt über die Wünsche der Anwohner und die fachlichen Erfordernisse zu reden. Eine öffentliche Anhörung vor Ort wird es auch geben.

Zu berücksichtigen ist jedenfalls, dass – sollten keine Schutzstreifen angelegt werden – die Fahrbahn unter anderem wegen des Busverkehrs ohnehin verbreitert werden müsste. Das würde manchen Autofahrer zum Schnellfahren einladen, den vielen Schülern, die täglich die Verbindungs-

straße zwischen Sülldorf und Blankenese mit dem Fahrrad nutzen, aber nicht mehr Sicherheit bieten.



Henrik Strate

Verkehrspolitischer Sprecher

Iserbrook

Verlängerung für Bücherparadies

Im Bücherparadies der Grundschule Schenefelder Landstraße können Kinder und Jugendliche bis 14 Jahre kostenlos Bücher ausleihen. Der Leseclub war 2010 vom damaligen schwarz-grünen Senat als Ersatz für die geschlossene Bücherhalle Iserbrook eröffnet worden. Immerhin, mag man sagen.

Dennoch ist das Angebot nur ein schwacher Trost für den Verlust einer richtigen Bücherhalle. Doch nun drohte auch dem kleinen Bücherparadies das Aus: 4000 Euro fehlten für die auskömmliche Finanzierung im Jahr 2013.

Auf Antrag der SPD-Fraktion hat die Bezirksversammlung einstimmig beschlossen, die fehlende Summe aus den Politikmitteln des Bezirks zur Verfügung zu stellen. Wir freuen uns,



Foto: Annegret Kantzenbach

dass das Bücherparadies zur Förderung der Sprach- und Lesekompetenz erhalten bleibt, und sehen den Beschluss auch als großes Dankeschön an die vielen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ohne deren Engagement das Defizit

des Leseclubs deutlich größer wäre. Allerdings müssen wir uns jetzt schon Gedanken machen, wie wir das Bücherparadies ab 2014 absichern können.

Wolfgang Kaeser
Abgeordneter für den Stadtteil Iserbrook



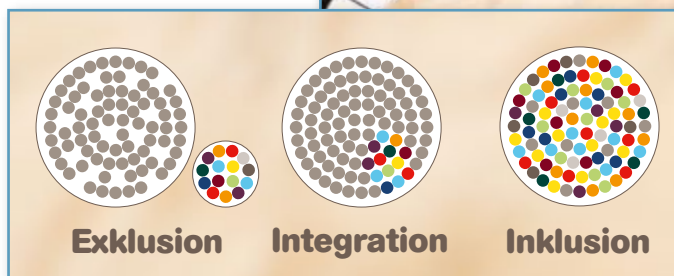
Gesellschaft

Normal ist, wer anders ist

Ein neuer Begriff geht um die Welt: „Inklusion“. Seit die UN eine Konvention dazu verabschiedet hat, taucht die Frage auf, ob es einfach Integration bedeutet. Doch Inklusion geht weit darüber hinaus

Während mit Integration die Eingliederung von bisher ausgesonderten Personen gemeint ist, will die Inklusion die Verschiedenheit im Gemeinsamen anerkennen, das heißt, der Individualität und den Bedürfnissen aller Menschen Rechnung tragen. In diesem Konzept werden die Menschen nicht mehr in verschiedene Gruppen wie zum Beispiel hochbegabt, mit Behinderung oder anderssprachig eingeteilt. Somit strebt die Inklusion die Veränderung bestehender Strukturen und Auffassungen dahingehend an, dass die Unterschiedlichkeit der einzelnen Menschen die Normalität wird.

Im Begriff Integration schwingt noch ein vorausgegangener gesellschaftlicher Ausschluss mit, wobei



Inklusion Mitbestimmung und Mitgestaltung für alle Menschen ohne Ausnahme bedeutet. Allen Menschen soll die Teilhabe am sozialen Leben ermöglicht werden, indem die Gesellschaft die entsprechenden Rahmenbedingungen schafft. Im Unterschied zur Integration, die die Wiedereingliederung von Ausgegrenzten ermöglichen soll, setzt Inklusion also eine gleiche Wertigkeit aller Mitglieder der Gesellschaft voraus. Wer gleichwertig ist, der muss nicht in bestehende Systeme eingegliedert werden, sondern gehört dazu.

Somit liegt der Fokus der Inklusion nicht auf der Anpassung des Individuums an die Gesellschaft, sondern auf dem gesellschaftlichen System, das es zu verändern gilt. Eine inklusive Haltung führt zur Reduktion von

Barrieren in allen Bereichen des Lebens auf ein Minimum und sieht eine Chance in der Vielfalt. Sie bezieht sich auf alle Menschen, die etwa wegen ihres Geschlechts, ihrer ethnischen Herkunft oder ihrer sexuellen Orientierung benachteiligt sind.

Einige Gedanken der Integration decken sich zwar mit der inklusiven Sichtweise, aber der zentrale Unterschied ist, dass die Inklusion über die Denkgrenzen von Integration weit hinausgeht. Insofern kann Inklusion als Weiterentwicklung von Integration verstanden werden.

Muhsine Oguz
Die Studentin der Politikwissenschaft und Soziologie hat im Sommer ein achtwöchiges Praktikum in der Geschäftsstelle der SPD-Fraktion Altona absolviert



Quelle: Aktion Mensch



Inklusion

Kopf frei für ein freies Altona

Unterschiede als Chance nutzen: Mit dem Projekt Q8 soll der Bezirk profitieren, damit alle Menschen ihre Vielfalt in die Gesellschaft einbringen können

Die größten Barrieren finden wir immer noch in unseren Köpfen“ ist eine Kernaussage der Broschüre zum Thema Realisierung der Inklusion in allen gesellschaftlichen Bereichen, die die Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen zusammen mit dem Inklusionsbüro der Stadt Hamburg herausgegeben hat.

Inklusion meint eben nicht nur die bauliche Barrierefreiheit etwa in Behörden, Schulen und der Arbeitswelt. Ich gehe so weit, dass Inklusion bedeutet, die Vielfaltigkeit und Andersartigkeit aller Menschen – unabhängig von Geschlecht, Rasse, Religion, Herkunft – miteinander zu verknüpfen. Ganz im Sinne der UN-Konvention über die Rechte von

Menschen mit Behinderungen, die explizit betont, dass „von Barrierefreiheit im weitesten Sinne eine alternde Gesellschaft, Eltern mit Kindern oder mobilitätseingeschränkte Menschen profitieren können ...“.

Inklusion ist ein Querschnittsthema, das eben alle angeht: die Stadtentwicklung, das Bauamt, die Schulen, die Kindergärten, die Jugendeinrichtungen, die Betriebe. Inklusion ist ein wichtiges Thema, weil es alle Menschen in unserer Stadt zur qualitativen Bewusstseinsbildung auffordert.

Konkret anpacken können wir die Inklusion etwa bei einem neuen Stadtteil wie der Mitte Altona. Deshalb unterstützt die SPD-Fraktion vorbehaltlos das Projekt von

„Q8 – Eine Mitte für Alle“, das sich zur Aufgabe gemacht hat, Altona – möglicherweise sogar ganz Hamburg – zu einer vorbildlichen inklusiven Stadt zu gestalten. Die Bezirksversammlung Altona hat den Senat aufgefordert, die Ziele der Inklusion in den Masterplan Mitte Altona aufzunehmen.



Ilona Schulz-Müller

Sprecherin für Integration sowie für Arbeit, Soziales und Gleichstellung

Integration

Abschied vom Eurozentrismus

Beim Runden Tisch Integration steckten Teilnehmer die Ziele Altonas für vielfältiges Leben, Arbeiten und Lernen ab

Altona ist vielfältig“ – unter diesem Motto stand der erste Runde Tisch Integration am 30. August in Altona. Mehr als 60 Personen aus Verbänden, Vereinen und Initiativen, von Betrieben und Trägern waren der Einladung des Ausschusses für Soziales, Arbeit, SeniorInnen, Integration und Gleichstellung gefolgt. Sie diskutierten Wege zur besseren Umsetzung der Integration von Menschen mit anderen kulturellen Wurzeln in unserem Bezirk.

Für die drei gesellschaftlichen Bereiche Leben, Arbeiten und Lernen in Altona entwickelten sie konkrete Wünsche, Vorstellungen und Zielsetzungen für die Ausgestaltung der Integration und die weitere Arbeit:

- weg vom Eurozentrismus
- interkulturelle Öffnung aller öffentlichen Einrichtungen und der Jobcenter
- Qualifizierungskurse für die berufliche Integration vor allem für Frauen
- messbare und verbindliche Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund
- Sport und Sportvereine interkulturell öffnen

Zu jedem dieser Themen haben sich die TeilnehmerInnen der Tagung



Ein Ziel des Runden Tisches sind berufliche Qualifizierungskurse – vor allem für Frauen

Foto: © stedah - Fotolia.com

zu Arbeitsgruppen zusammengefounden, um im kleineren Kreis vertieft darüber zu diskutieren. Wir berichten weiter!

Ilona Schulz-Müller





Promille-Stopp nach Mitternacht

Foto: Andreas Tepel

In der Sternschanze werden erneut Konfliktpotenziale sichtbar, die das Leben in einer Großstadt hervorbringen kann. Kaum ist die Lärm-situation durch die Außengastronomie entschärft, tut sich ein neues Ärgernis im Szene-Viertel auf: Die Kioske verkaufen oftmals die ganze Nacht lang günstig Alkohol. Das führt bis zum frühen Morgen zu massiven Ruhestörungen durch angetrunkene Besucher, Hauseingänge werden zum Urinieren genutzt. Das stinkt den Anwohnerinnen und Anwohnern im

wörtlichen Sinne, im übertragenen auch den Gastronomen, die dadurch Umsatzeinbußen beklagen.

Die Kioske dürfen als Einzelhandels-geschäfte keinen Alkohol ausschenken, verschlossene Spirituosen an Ort und Stelle zu öffnen und auszutrinken ist auch nicht gestattet. Zudem gilt die sogenannte Sonntagsruhe, wonach die Betreiber gehalten sind, zwischen Sonntag 0 Uhr und Montag 0 Uhr zu schließen. Auf Antrag der SPD-Fraktion hat die Bezirksversammlung das Bezirksamt

aufgefordert, ein Konzept zur Lösung des Problems zu erarbeiten. Dieses Konzept wird in Kürze vorgelegt. Einige Kioskbesitzer sind inzwischen an einer einvernehmlichen Lösung interessiert und verkaufen ab 24 Uhr keinen Alkohol mehr. Sie hoffen, dadurch weitergehende Verbote, wie etwa ein Glasflaschenverbot, das bereits auf der Reeperbahn besteht, oder gar ein generelles Alkoholkonsumverbot, in der Schanze verhindern zu können.



Gregor Werner

Sprecher im Regionalausschuss I

Sommerfest

„Wunderbares Altona“

Bürgermeister Olaf Scholz zu Gast bei der traditionellen Feier der SPD-Fraktion

Rund 250 Gäste waren im September in den Heidbarghof in Osdorf gekommen: Bürgermeister Olaf Scholz, Abgeordnete aus Bürgerschaft und Bezirksversammlung sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Verbänden und Vereinen trafen sich beim Roten Sommer, dem jährlichen Fest der SPD-Fraktion Altona. Deren Vorsitzender Thomas Adrian bedankte sich bei allen für ein Jahr der konstruktiven Zusammenarbeit, in dem viele wegweisende Entscheidungen für Altona auf den Weg gebracht worden sind. Anschließend konnte Thomas Adrian das Wort an Olaf Scholz übergeben.

Hamburgs Erster Bürgermeister betonte: „Jeder in Hamburg muss eine gute Chance haben, auf eigenen Füßen stehen zu können.“ Scholz verwies unter anderem auf den Bereich Wohnungsbau, bei dem Altona mit gutem Beispiel vorangehe. Sein Eindruck sei, dass die Bürger dabei genauso mitmachen wollen wie die Bezirksfraktion. An einer Stelle ließ Olaf Scholz seine Altonaer Wurzeln durchblicken: „Altona ist ein wunderbarer Bezirk, wie ich weiß.“ Als



Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz im Gespräch mit Fraktionschef Thomas Adrian (l.) Foto: Alexander Hund

müssten sich die Gäste beweisen, wie wunderbar der westlichste der sieben Hamburger Bezirke ist, feierten und tanzten sie bis weit nach Mitternacht im wunderschönen Heidbarghof.



Initiative

Neue Energie für alten Bunker

Endlich soll der Bunker Schomburgstraße, der seit Jahrzehnten leer steht, für den Stadtteil genutzt werden. Zwei Initiativen haben kreative Ideen für den Koloss entwickelt

Der alte Hochbunker sucht eine neue Bestimmung. Zwei Initiativen mit unterschiedlichen Nutzungskonzepten bewerben sich um den Betonkoloss, der seit Jahrzehnten leer und unverwüstlich in der Schomburgstraße steht. Welches Projekt bekommt den Zuschlag? Der Kult Bunker Altona, in dem Wohnungen und Ateliers für Künstlerinnen und Künstler sowie Bandübungsräume plus Jugendraum und Museum errichtet werden sollen? Oder das KulturEnergieBunkerAltonaProjekt KEBAP, das eine Mischung aus krea-

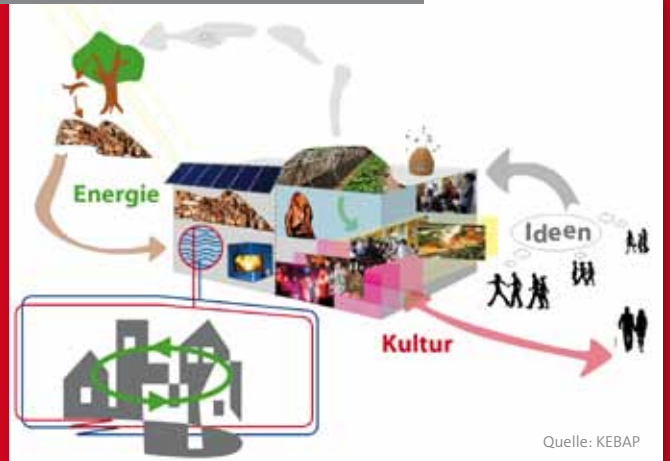
tiver und erneuerbarer Energie vereinen will?

Weil wir Sozialdemokraten die benachbarte Bevölkerung an der Entscheidungsfindung beteiligen wollen, hat der Planungsausschuss auf unseren Antrag eine öffentliche Anhörung über die künftige Nutzung des Bunkers durchgeführt. In der Aula der nahegelegenen Louise Schroeder Schule herrschte am 21. August Einigkeit, dass der Bunker derzeit kein Schmuckstück für den Stadtteil ist und dass er ein enormes ungenutztes Raumpotenzial bietet. Zunächst stellten beide Projektgruppen ihre Nutzungskonzepte ausführlich vor, anschließend hatte das Publikum Gelegenheit für Nachfragen.

Die Auswertung der öffentlichen Anhörung zeigte, dass noch viele Fragen offen sind. Die komplizierten Genehmigungsvoraussetzungen für ein Heizkraftwerk werden jetzt vom Bezirksamt herausgearbeitet. Bei Wohnnutzung und Aufstockung des Bunkers sind die Auswirkungen auf den benachbarten Spielplatz und die städtebauliche Verträglichkeit zu prüfen.

Die SPD-Fraktion hat sich nach eingehender Beratung für das KEBAP-Projekt ausgesprochen, weil dadurch

KULTURENERGIEBUNKER



Der gemeinnützige Verein „KEBAP KulturEnergieBunkerAltona-Projekt e.V.“ will eine Genossenschaft gründen, die den Bunker als multifunktionalen öffentlichen Raum für zahlreiche soziale, kulturelle und ökologische Einrichtungen, Schulen und Vereine in Altona öffnet. Die Kosten für das Zentrum wird das im Bunker installierte Biomasse- oder Blockheizkraftwerk mit Anschluss an das Fernwärmenetz erwirtschaften.

sowohl ein energiepolitischer Mehrwert als auch ein Gewinn für die Stadtkultur zu erzielen ist. Die vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit und den Stadtteil haben am Ende überzeugt. Bedingung ist allerdings, dass Störungen für die Bevölkerung, etwa durch Anlieferverkehre oder Abgasemissionen, vermieden werden.



Marc Classen

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Sprecher im Bauausschuss

OTTENSEN

Mobiler durch neuen S-Bahnhof

Der Senat verhandelt mit der Deutschen Bahn darüber, dass bis 2017 der S-Bahnhof Ottensen in der Thomasstraße realisiert wird. Das wäre ein großer Gewinn für die nachverdichteten Quartiere in Ottensen und Bahrenfeld. Mit Blick auf die Mitte Altona, in der bis zu 6000 Wohnungen entstehen können, wäre der Lückenschluss zwischen den S1-Haltestellen Altona und Bahrenfeld sogar unabdingbar. Der Einsatz des Senats für eine S-Bahn-Station in Ottensen unterstreicht, dass sich Wohnungsbau und Verkehrsplanung in Hamburg sinnvoll ergänzen. Auch kann der Haltepunkt Thomasstraße die veränderten Mobilitätsansprüche in der Großstadt ohne eigenes Auto unterstützen. ■ Henrik Strate



Othmarschen

Es werde Licht!

Mit Taschenlampen beleuchten die Schulkinder provisorisch den stockdunklen Weg durch den Rosengarten: Es gibt keine Laternen auf dem Verbindungsweg von Neumühlen über den Schopenhauerweg am Elbhang hoch zur Elbchaussee. Die Fahrraddynamos funktionieren nicht, weil die Kinder aus Övelgönne, Neumühlen und Finkenwerder den steilen Weg durch den Rosengarten schieben müssen.

Der Elbuferwanderweg, zu dem auch der Schopenhauerweg gehört, soll nun eine angemessene Beleuchtung erhalten. Damit erfüllen Bezirksamt und

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer eine alte Forderung der Bezirksversammlung. Dabei ist jedoch nicht vorgesehen, den Weg durch den Rosengarten zu beleuchten, obwohl die Bezirksversammlung auch das seit 2007 fordert.

Auf Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen hat die Bezirksversammlung nun beschlossen, die Beleuchtung im Rosengarten zeitgleich mit der im Schopen-

hauerweg zu installieren.

Das wird die Sicherheit der Schulkinder und natürlich auch der zahlreichen Spaziergänger, Jogger und Anwohner aus Neumühlen und Övelgönne erhöhen. Die Lage der Lampen soll so geplant werden, dass der Rosengarten bei Schneelagen weiterhin als Rodelstrecke genutzt werden kann.



Silvia Nitsche-Martens

Mitglied im Regionalausschuss I

Foto: Fabio Martens

Abonnieren Sie die **Roten Seiten** als PDF-Newsletter mit einer E-Mail an newsletter@spdfraktionaltona.de

